



## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 181. Ratssitzung vom 12. Januar 2022**

### **4833. 2021/404**

**Dringliches Postulat der SP- und Grüne-Fraktion sowie der Parlamentsgruppe  
EVP vom 07.10.2021:**

**Grösserer unternehmerischer Handlungsspielraum für das Stadtspital unter angemessener demokratischer Mitbestimmung und Steuerung durch den Gemeinderat, Bericht mit einer Gegenüberstellung von Varianten und den jeweiligen Vor- und Nachteilen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Marion Schmid (SP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4484/2021): Das Postulat verlangt einen Bericht mit der Gegenüberstellung von Varianten mit den jeweiligen Vor- und Nachteilen: die Variante der Ausgliederung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt, wie sie von der Stadt angedroht, favorisiert und auch entsprechend geplant wird. Dem gegenüber soll eine Variante ohne Ausgliederung stehen, in der heutigen Rechtsform als Dienstabteilung oder als Eigenwirtschaftsbetrieb mit Möglichkeiten, wie man Anpassungen vornehmen kann. Zum Beispiel durch die Anpassung von Finanzkompetenzen, von Bezugspflichten oder Möglichkeiten für Beteiligungen. Ein solcher Bericht soll dem Gemeinderat die Möglichkeit geben, die beiden Varianten in ihren Grundsätzen zu prüfen und dazu Stellung zu nehmen, welche Variante weiterverfolgt werden soll. Das wiederum soll dem Stadtrat in der Folge ermöglichen, eine Weisung mit einer konkreten Ausgestaltung auszuarbeiten. Dies mit dem Ziel, dass das Stadtspital einen grösseren operativen Handlungsspielraum erhält und dass eine angemessene demokratische Mitbestimmung und Steuerung sichergestellt werden in einer Form, die politisch mehrheitsfähig ist. Genau darum geht es in diesem Postulat. Das Anliegen des Stadspitals nach einem grösseren unternehmerischen Handlungsspielraum ist schon lange auf dem Tisch. Es herrscht im Gemeinderat weitgehend Konsens, dass dies in einem gewissen Umfang Sinn ergibt – so lange, wie die demokratische Mitbestimmung und Steuerung sichergestellt sind. Wo sich die Geister scheiden, ist bei der Frage, welches dieser Ziele wie wichtig ist. Wie wichtig ist der Handlungsspielraum und wie wichtig ist die demokratische Steuerung? Welches ist die bessere Form, dieses Ziel zu erreichen? Ich glaube, es ist in diesem Fall nicht übertrieben von einer gewissen Blockade zu sprechen. Die Fronten sind klar. Der Stadtrat hat sich klar positioniert. Sein Ziel ist eine Ausgliederung des Stadspitals in eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Die FDP und die SVP begrüssen dies. Wenn keine Privatisierung, dann sicher eine Ausgliederung. Wir werden darüber in der nachfolgenden Interpellation sprechen. Parteien im linken Spektrum sind dem gegenüber eher kritisch. Zu zahlreich sind die Beispiele in der jüngsten Vergangenheit, im Unispital, wo die Politik jeden Einfluss verloren hat, die Verantwortung nirgends klar zugeordnet scheint und dies kein Vorteil für den Betrieb ist,*



weder betriebswirtschaftlich noch für die Patientinnen und Patienten und erst recht nicht fürs Image. Trotzdem möchten wir als SP mit den einreichenden Fraktionen der Grünen und der parlamentarischen Gruppe EVP uns der Option der Ausgliederung nicht grundsätzlich verschliessen. Sofern der Stadtrat uns überzeugen kann, dass dies nach sorgfältigen Abwägen die beste Lösung ist. Nicht nur für den Stadtrat und seinen unternehmerischen Handlungsspielraum ist die heutige Situation unbefriedigend. Es ist auch für uns als Gemeinderätinnen unbefriedigend, wie die Situation unserer demokratischen Mitbestimmung ist. Es ist nett, wenn ich als Kommissionsmitglied bei der Beschaffung jedes MRI-Geräts mitbestimmen oder per Post verlangen kann, dass es in den Restaurants des Stadtspitals ein veganes Menü geben soll, aber wichtiger und angemessener wäre es, dass wir als Gemeinderat uns zur Angebotsstrategie äussern könnten. Dies können wir heute nicht, dies liegt in der vollständigen Kompetenz des Stadtrats. Es gibt Verbesserungspotenzial. Wir möchten für alle Optionen offen sein. Dies bedingt, dass der Stadtrat uns überzeugen kann, dass die Ausgliederung die beste Option ist. Dafür muss er die verschiedenen Optionen transparent darlegen. Wir beschreiben im Postulat, was für uns wesentliche Kriterien in der Beurteilung dieser Frage sind. Die Legitimation und Steuerung der Aufsichtsorgane, die verschiedenen Steuerungsinstrumente, die bestehen, aber auch die Möglichkeiten, städtische Vorgaben oder spezifische Leistungsaufträge vergeben zu können. Es ist umgekehrt nicht so, dass es in der Form einer Dienstabteilung keinen Handlungsspielraum gäbe. Wir kennen dies aus den Liegenschaftsverkäufen, in denen spezifische Regelungen getroffen wurden, sowie bei der Organisation und Informatik (OIZ), bei der gewisse Regeln, die sonst für alle Dienstabteilungen gelten, nicht gelten. Alles in allem ist dieses Postulat weder eine Ausgliederungsforderung noch eine Ausgliederungsverhinderung, sondern es geht darum, die verschiedenen Optionen darzulegen. Ergebnisoffen. So kann man herausfinden, welche Rechtsform die beste ist. Damit wollen wir der Blockade entgegenwirken und einen Prozess in Gang bringen, um einen Weg zu einer mehrheitsfähigen Lösung zu öffnen.

**Walter Anken (SVP)** begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 17. November 2021 gestellten Ablehnungsantrag: Seit Jahren verspricht uns STR Andreas Hauri, dass wir im Gemeinderat im Jahr 2023 über die Ausgliederung der Stadtspitäler in eine öffentlich-rechtliche Anstalt diskutieren. Der Stadtrat möchte diese Ausgliederung, die Spitalleitung möchte auch ausgliedern. Im Jahr 2021 hat die sogenannte Ausschreibung für die Leistungsaufträge für die Stadtspitäler stattgefunden. Der verstorbene Co-Spitaldirektor Prof. Dr. Andreas Zollinger hat uns mehrfach in der Kommission gesagt, wie schwierig es war, den Vorgaben des Gesundheitsdepartements nachzukommen, um die Zahlen realisieren zu können. Die ganzen Zahlen sind nicht auf eine Dienstabteilung der Spitäler, sondern auf öffentlich-rechtliche Anstalten ausgelegt. Die beiden Stadtspitäler sind die einzigen in der Schweiz, die noch als Dienstabteilungen geführt werden. Das Postulat hat nur ein Ziel: Die Linke möchte die Diskussion und die Ausgliederung der Stadtspitäler im Voraus verhindern. Deswegen soll eine «Murksvariante», wie wir sie nennen, auf den Schild gehoben werden. Die SVP sieht dies anders. Wir sind für eine moderne, zeitgemässe Rechtsform unserer Stadtspitäler: das ist nun mal die öffentlich-rechtliche Anstalt. Die Spitäler müssen in einem wirtschaftlichen Umfeld rasch auf Veränderungen reagieren, sonst haben sie das Nachsehen. Die



*Rechtsform einer Dienstabteilung ist viel zu träge. Man stelle sich vor, dass die Spitalleitung uns Politikerinnen und Politikern erklären muss, weshalb ein neuer Computertomograf gekauft werden möchte. Wir sind keine Ärzte und was gekauft werden muss, weiss die Spitalleitung am besten. Das ist viel zu kompliziert und kostenintensiv. Der Gemeinderat hat noch genügend Einfluss auf die Stadtspitäler und wenn die die Rechtsform einer öffentlich-rechtlichen Anstalt haben, gibt es eine Volksabstimmung, die darüber entscheidet, ob die Ausgliederung geschehen soll, oder nicht. Das Postulat ist nichts anderes als eine gezielte Verhinderung, eine Diskussion zu führen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Frank Rühli (FDP):** *Die FDP lehnt das Postulat ab, weil es inhaltlich schlicht überflüssig ist. Wir wollen eine moderne konsequente Lösung für die Stadtspitäler, deshalb benötigen wir die Auslegeordnung, bzw. diese Variantenprüfung nicht mehr. Der Stadtrat hat seit dem Jahr 2017 mehrmals bekräftigt, dass die Stadtspitäler in eine öffentlich-rechtliche Anstalt überführt werden sollen. Hier muss man Nägel mit Köpfen machen, statt neue Rechtsformen mit vagen Konstrukten zu konstruieren. Es soll besser auf bestehende und rechtssicherheitsschaffende Formen zurückgegriffen werden. Interessant ist auch, dass die eher aus dem linken Lager kommenden Postulanten gute Gründe für mehr unternehmerische Freiheit sehen. Wir erwarten nun, dass die Anliegen der Ausgliederung und der Überführung in eine öffentlich-rechtliche Form schnell an Konsens und Fahrt gewinnen und dass dies mit der nächsten Legislatur umgesetzt wird. Es braucht keinen überflüssigen Bericht, da der Stadtrat bereits klar Stellung bezogen hat und wir schnell versuchen müssen, den Absichten Taten folgen zu lassen.*

**Nicolas Cavalli (GLP):** *Wir sind der Meinung, dass der Stadtrat selbständig mit einer Auslegeordnung kommen soll. Ich kann mich der SVP und der FDP anschliessen. Die GLP ist sicher, dass der Stadtrat die beste Variante prüfen wird. Wir haben Vertrauen. Ich habe das Gefühl, die linke Ratshälfte ist sehr misstrauisch. Wir sehen den Mehrwert dieses Postulats nicht. Wir haben bei der Weisung die Möglichkeit, die ganzen demokratisch abgestützten Mittel zu nutzen. Wir haben das Gefühl, dass das Postulat eher dazu dient, den ganzen Prozess zu verhindern, und dies ist eher kontraproduktiv und nicht dienlich. Aus den Antworten der Interpellation GR Nr. 2020/380 liest man ganz klar heraus, dass es überhaupt keine Argumente gegen eine Umwandlung gibt. Es spricht alles dafür, weswegen wir den Mehrwert dieses Postulats nicht sehen und es ablehnen.*

**Ernst Danner (EVP):** *Wir sind sehr froh, dass Marion Schmid (SP) sich die Mühe genommen hat, dieses Postulat zu formulieren. Wir haben mittlerweile seit 27 oder 28 Jahren Erfahrung mit Ausgliederungen. Anfangs der 90er-Jahre hat es mit dem New Public Management begonnen, dass man versucht hat, Teile der Verwaltung auszugliedern. Das ist mehr oder weniger gelungen. Meine Bilanz, wenn ich diese Projekte überblicke: Es gibt Projekte, die sind geglückt. Bei einem war ich selbst beteiligt, ich habe die Privatisierung des Staatskellers des Kanton Zürichs geleitet, aber das war ein anderes Kaliber. Die Bilanz, die ich für die grossen Geschichten ziehe, die noch immer einen öffentlich-rechtlichen Bezug haben, wie die Ausgliederung eines Unispitals, ist, dass Effizienzgewinn nicht unbedingt ersichtlich ist. Ein Qualitätsgewinn auch nicht ohne weiteres.*



*Was ersichtlich ist, ist eine Vereinfachung der Abläufe. Da sind wir als Parlamentarierinnen zum Teil selbst schuld. Wir geben uns Mühe, jedes Rädchen an einem Spitalbett zu bestimmen, wenn wir über eine Kreditvorlage abstimmen. Wir gehen sehr ins Detail, was notwendigerweise zu einer Gegenbewegung führt. Nämlich zu mehr Flexibilitätswünschen und Freiheit. Wir haben verschiedene Methoden entwickelt, dies zu erreichen, wie die grossen Rahmenkredite für das Elektrizitätswerk, die Fernwärme und ähnliches. Mit diesen Rahmenkrediten geben wir «plein pouvoir», um diese Gelder auszugeben und in diesem Rahmen zu handeln. Die Aufteilung der Kompetenzen zwischen Stadtrat und der Leitung des Unternehmens ist eine andere Frage. Es ist eine Methode. Die Ausgliederungen sind häufig holprig, führen zu einem massiven Verlust von demokratischer Mitbestimmung und ich bin überzeugt, dass es Alternativen im Rahmen der Verwaltung gibt, bei denen man mehr Freiheit geben kann, mehr Verantwortung bei den dezentralen Leitungen definieren kann. Dies hat zum Vorteil, dass die politischen Verantwortlichkeiten immer klar bleiben. Ich finde es einen spannenden Ansatz.*

**Dr. David Garcia Nuñez (AL):** *Die Alternative Liste stimmt diesem Postulat zu. Allerdings verfolgt meine Partei mit ihrem Ja ein anderes Ziel als die Postulantinnen. Wir brauchen den verwaltungsrechtlichen Systemvergleich nicht. Die AL ist und bleibt die einzige Partei in diesem Rat, die sich immer klar und deutlich gegen eine Ausgliederung des Stadtspitals ausgesprochen hat. Unsere Position untersteht nicht Mode oder Ratsströmungen und schon gar nicht stadträtlichen Meinungen. Sie leitet sich aus jahrzehntelanger Analyse ab. Erstens wissen wir, dass weder die individuelle noch die öffentliche Gesundheit merkantile Waren sind. Die Pandemie zeigt uns, dass wir die medizinischen Herausforderungen nur als Kollektiv und nicht als isolierte Gesundheitskundinnen lösen können. Deswegen vertreten wir zweitens die Meinung, dass die Stärke des Gesundheitswesens von der Stärke der gesundheitspolitischen Akteurinnen abhängt. Die letzten Jahre haben gezeigt, wie stark das Stadtspital von einem gesundheitspolitisch engagierten Gemeinderat profitiert hat. Das sind keine Behauptungen, sondern Worte, die ich mit Taten unterlegen kann. Wäre die Fusionierung der Stadtspitäler Waid und Triemli ohne die Einwirkung des Gemeinderats möglich gewesen? Das Beispiel Basel zeigt, wie katastrophal ein kaum parlamentarisch begleiteter Zusammenschluss von mehreren Spitalern endet. Wäre eine derart schnelle finanzielle Stabilisierung und Neupositionierung des Stadtspitals ohne Zusammenarbeit mit dem Rat möglich gewesen? Nein. Seit her hat der Rat ausnahmslos jedes präsentierte Budget und jedes vorgelegte Projekt in kürzester Zeit gutgeheissen. Die Gretchenfrage: Stehen private Krankenhäuser oder externalisierte Spitäler wirklich derart besser da als das öffentlich geführte Stadtspital? Die Antwort können Sie sich selbst geben. Denken Sie an die chronische Führungslosigkeit am Universitätsspital Zürich, oder überlegen Sie sich, weshalb es kein einziges Spital in diesem Land gibt, das die geforderte EBITDA-Marge von 10 Prozent erreicht. Das sind Probleme struktureller und nicht verwaltungstheoretischer Natur. Wie bei der Klimadiskussion benötigen wir einen wirksamen «system change» und keine überlebten, neoliberalen Rezepte aus den 90er-Jahren. Dies impliziert aber auch, dass die AL den aktuellen Status kritisch betrachtet. So erfolgreich die letzten gesundheitspolitischen Jahre im Gemeinderat waren, so haben sie uns auch aufgezeigt, dass dem demokratischen Steuerungsprozess enge und konfliktreiche Grenzen gesetzt sind. So hat es sich die*



*Führung des Gesundheits- und Umweltdepartements (GUD) bei Weisungen immer wieder zum Sport gemacht, die Kommission unter maximalen zeitlichen Stress zu setzen. Die Beispiele der «Vogel friss oder stirb»-Haltung sind zahlreich und wurden nicht nur von der AL kritisiert. Problematisch ist auch die Tatsache, dass der Gemeinderat mit der Einführung des Globalbudgets bereits vor Jahren die Fähigkeit verloren hat, das Budget des Stadtsitals aktiv mitzugestalten. Last but not least soll an dieser Stelle erwähnt werden, dass der Stadtrat – trotz angepriesenem «Machertum» im Wahlkampf – jeden überwiesenen parlamentarischen Vorstoss, der das Stadtsital betrifft, schlichtweg auf die lange Bank schiebt. Die AL will durch den Bericht erfahren, wie das aktuelle System verbessert werden könnte. Kein System, auch kein demokratisches, ist perfekt und jedes kann stets verfeinert werden. Hingegen können wir auf die zu erwartenden Lobesgesänge auf die Auslagerung verzichten. Allen Unterstellungen zum Trotz hat die linke Mehrheit in diesem Rat immer wieder gezeigt, dass sie auf gesundheitspolitische Herausforderungen schnell und effektiv reagieren kann.*

**Marion Schmid (SP):** *Ich möchte als Postulantin auf einige Dinge replizieren. Wie ich erwartet habe, wurde uns vorgeworfen, es gehe um eine Ausgliederungsverhinderung, obwohl ich meinte, ich habe in meinem Eingangsvotum klar versucht darzulegen, dass dies nicht der Fall ist. Wollte ich dies, hätte ich fordern können, dass man uns entgegen der Weisung, die der Stadtrat vorlegt, Möglichkeiten aufzeigt, wie man dieses Ziel des grösseren Handlungsspielraums ohne Ausgliederung erreichen kann. Das haben wir bewusst nicht getan. Wir möchten einen Vergleich haben und ich frage mich, ob es nicht vielleicht so ist, dass die Befürworter der Ausgliederung diesen Vergleich scheuen. Weil sie vielleicht doch nicht sicher sind, ob dies die einzig wahre und richtige Lösung ist. Die Problematik des Handlungsspielraums teile ich. Ich teile die Haltung der AL nicht ganz, da sie aus meiner Sicht etwas widersprüchlich ist. Dr. David Garcia Nuñez (AL) sagt einerseits, dass wir in allem rasch entschieden haben und dem Stadtsital keine Steine in den Weg legen, und andererseits beklagt er sich darüber, dass man in der Kommission unter Zeitdruck gesetzt wird. Dies ist für mich nicht schlüssig. Es wurde gesagt, dass wir auch, wenn der Stadtrat eine Weisung für eine Ausgliederung bringt, die demokratischen Instrumente nutzen könnten, um zu etwas anderem zu kommen. Wir können abwarten, bis der Stadtrat eine Ausgliederungsweisung bringt und diese motiviert zurückweisen. Das wäre eine Verzögerungstaktik. Ebenso wenn wir den ganzen Prozess verzögern wollten, hätte ich nicht die Dringlichkeit für dieses Postulat beantragt, sondern ich hätte es in der Traktandenliste warten lassen, bis es irgendwann kommt. Alles in allem: Wenn die Ausgliederung tatsächlich der beste Weg ist, wie dies der Stadtrat auch meint, braucht doch das Modell einen Vergleich mit der Variante als Dienstabteilung oder als Eigenwirtschaftsbetrieb nicht zu scheuen. Er kann uns dies aufzeigen und uns darlegen, wieso er sich für diesen Weg entscheidet. Wenn er nur die eine Variante aufzeigt, gibt es offenbar noch Dinge, die wir nicht wissen können. Das ist aus unserer Sicht keine fundierte Basis für einen Entscheid. Ich freue mich sehr, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen und Offenheit zeigt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.



**STR Andreas Hauri:** *Das Stadtspital Zürich ist bereits hervorragend aufgestellt, strategisch, aber auch operativ. Aber es braucht für die Zukunft tatsächlich mehr unternehmerische Freiheiten. Wir haben den nächsten grossen Schritt vor uns: die Spitalliste 2023 und die entsprechenden Leistungsaufträge. Der Entscheid des Regierungsrats ist in den nächsten Wochen zu erwarten. Dann laufen die Vernehmlassungsfrist und Umsetzung bis in den Januar 2023. Dies ist für uns die Basis, dann einen Schritt weiterzugehen und die ganze Rechtsform im Detail zu prüfen. Wenn man in der Kommission schaut – die Kommissionsmitglieder haben es sehr schön formuliert – beraten wir Geschäfte, die tatsächlich schwierig für alle Beteiligten sind, um dort mitreden zu können. Es geht darum, einen Weg zu finden, wie auf der einen Seite ein Stadtspital mehr Freiheiten erhält und auf der anderen Seite trotzdem noch ein gewisses Mitgestaltungsrecht auf einer sinnvollen Ebene möglich ist. Man kann politisch entscheiden. Wenn wir über ein MRI-Gerät entscheiden und diskutieren, ist dies kein politischer Entscheid, sondern eine Notwendigkeit fürs operative Geschäft im Stadtspital. Dass mehr Freiheiten benötigt werden, ist aus meiner Sicht unbestritten. Die Frage ist nur wie? Der Stadtrat ist klar der Meinung, dass die öffentlich-rechtliche Anstalt das richtige Instrument für die Zukunft ist, damit wir uns aufstellen, funktionieren und schnell agieren können, wie es in der ganzen Spitalwelt notwendig ist. Wir nehmen das Postulat entgegen, weil wir einerseits eine Betroffenheit der Postulantinnen und Postulanten spüren und andererseits, weil wir überzeugen wollen, dass die öffentlich-rechtliche Anstalt das richtige Instrument ist. Dafür stellen wir die Vergleiche gerne an. Wir werden dies anpacken, das Projekt ist lanciert. Im Jahr 2024 werden wir mit einem Geschäft kommen, das passt ideal zum Zeitpunkt dieses Postulats, da es dann fällig sein wird. Dies wird ein Teil sein, bei dem wir aufzeigen, was die Vor- und Nachteile sind und wieso aus jetziger Sicht die öffentlich-rechtliche Anstalt das richtige Instrument für die Zukunft ist.*

Das Dringliche Postulat wird mit 69 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat